KOMMENTAR 02.07.2014 | Chris Patten

Wenn Ordnungen auseinanderfallen, beginnt das Morden

Weshalb der Nahe Osten einen Augsburger Religionsfrieden braucht.

In Bertolt Brechts großem Antikriegsstück „Mutter Courage und ihre Kinder“ sagt eine der Figuren: „Frieden ist nur Schlamperei, erst der Krieg schafft Ordnung.“

Das Stück spielt im Europa des 30-jährigen Krieges, der den Kontinent während der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts verheerte und erst 1648 mit dem Westfälischen Frieden endete. Der Krieg begann als religiöser Konflikt zwischen Protestanten und Katholiken, verwandelte sich jedoch rasch in einen lang andauernden Kampf zwischen rivalisierenden Ländern und Dynastien: im Wesentlichen den Habsburgern und dem Heiligen Römischen Reich auf der einen und Kardinal Richelieus Frankreich auf der anderen Seite.

Es überrascht nicht, dass manche den heutigen Konflikt zwischen Sunniten und Schiiten, der im Begriff ist, breite Teile Mesopotamiens und Westasiens zu verschlingen, mit diesem Krieg vergleichen, der eine enorme Anzahl von Toten, Seuchen, wirtschaftliche Zerstörung und u. a. durch eine Welle von Hexenverfolgungen gekennzeichnete gesellschaftliche Turbulenzen verursachte.

Tatsächlich hatte es ein halbes Jahrhundert vor Ausbruch dieses Krieges einen Friedensschluss gegeben – ein Bemühen, eine Friedensordnung zu schaffen. Kaiser Karl V. hatte im Jahre 1555 den Augsburger Reichs- und Religionsfrieden herbeigeführt, der auf der Übereinkunft beruhte, dass souveräne Staaten selbst entscheiden könnten, welche Version des Christentums sie einführen wollten. Als der Vertrag auseinanderfiel, begann das Morden.

Was war die „Friedensordnung“, die den blutigen Turbulenzen im Irak, in Syrien und anderswo vorwegging? Die Antwort hängt davon ab, wie weit man in der Geschichte zurückgeht.

Zusammenbruch der Friedensordnung

Als das Osmanische Reich zerfiel, leiteten die westlichen Mächte ein selbstherrliches Projekt ein, die Karte der Region neu festzulegen; sie installierten Regime, schafften Abhängigkeiten, begründeten Einflusssphären und sicherten sich den Zugang zu den zunehmend an Bedeutung gewinnenden Ölvorkommen. Es folgte eine anhaltende Tendenz, das Verhalten der Staaten im Maghreb und der Levante danach zu beurteilen, ob sie in Bezug auf Israels Haltung gegenüber den Palästinensern und dem Anspruch dieser auf einen lebensfähigen Staat diplomatischen (oder sonstigen) Ärger machten. Zudem gab es explizite Interventionen – von der heimlichen Beseitigung des demokratisch gewählten iranischen Ministerpräsidenten Mohammad Mossadegh bis zur jüngsten Militärintervention im Irak, die zum Tode von einer Viertelmillion Irakern führte.

Die westlichen Länder zögerten jedoch, sich den grundlegenden Realitäten der Region zu stellen, die in einem Bericht des UN-Entwicklungsprogramms aus dem Jahre 2002 benannt werden. Die arabischen Wissenschaftler und Politiker, die den Bericht abfassten, machten auf die Verbindungen zwischen autoritärer Regierungsführung, wirtschaftlicher Schwäche, hoher Arbeitslosigkeit und übermäßig konfessioneller Politik aufmerksam. Je diktatorischer die Politik innerhalb der Region wurde, desto mehr junge Männer (denen sowohl Arbeitsplätze als auch freie Meinungsäußerung versagt waren) wandten sich einem extremistischen und gewalttätigen Islamismus zu – der Perversion einer großen Religion.

Das hat uns in die heutige Lage gebracht, in der die offensichtliche, aber unzureichende Antwort auf die Frage „Also, was würden Sie jetzt tun?“ die Antwort des sprichwörtlichen irischen Bauern auf die Bitte eines Touristen nach einer Webbeschreibung ist: „Ich würde nicht von hier aus losfahren.“

Das ist zwar leider überhaupt keine Antwort, doch möglicherweise eine nützliche Entgegnung auf jene wie den früheren US-Vizepräsidenten Dick Cheney, die für eine Wiederholung der jüngsten Vergangenheit eintreten. Die sich der Realität verweigernden amerikanischen und britischen Neokonservativen sehen die jüngsten Ereignisse anscheinend

als Bestätigung ihrer Sichtweise, wonach ihrem gewollten Krieg im Irak großer Erfolg beschieden gewesen wäre, wenn es nur mehr davon gegeben hätte.

Der Westen muss alle ihm zur Verfügung stehenden diplomatischen Mittel nutzen, um eine Verständigung zwischen dem Iran und Saudi-Arabien herbeizuführen, den jeweils wichtigsten Unterstützern des bewaffneten Kampfes der Schiiten bzw. Sunniten.

Völlig fehlgeleitet waren die Neocons allerdings nicht. Die frühere US-Außenministerin Condoleezza Rice hat zu Recht argumentiert, dass sich die USA zu lange „auf Kosten der Demokratie um Stabilität“ bemüht hätten; infolgedessen hätten sie „weder das Eine noch das Andere erreicht“.

Dies ist ein starkes Argument dafür, nicht jenes langfristige Engagement für die Art pluralistischer Werte aufzugeben, wie sie u. A. die Verfasser des Berichts von 2002 vertraten. Der Westen hat in seiner Anwendung dieser Prinzipen widersprüchlich agiert, gelegentlich (mit katastrophalen Folgen) versucht, sie gewaltsam durchzusetzen, und es versäumt, die zu ihrer Unterstützung bestimmten Gelder und Mechanismen effektiv einzusetzen. Man denke etwa an die armseligen Ergebnisse der Handels- und Kooperationsverträge der Europäischen Union mit den Mittelmeeranrainern.

Der Westen muss alle ihm zur Verfügung stehenden diplomatischen Mittel nutzen, um eine Verständigung zwischen dem Iran und Saudi-Arabien herbeizuführen, den jeweils wichtigsten Unterstützern des bewaffneten Kampfes der Schiiten bzw. Sunniten. Es liegt nicht im Entferntesten im Interesse eines dieser beiden Länder, die eigene Region in Flammen aufgehen zu sehen. Beide müssen anfangen, ihre Beziehungen zu reparieren, wofür im vergangenen Mai reale Aussichten zu bestehen schienen (die nun jedoch einen Rückschlag erlitten haben).

Der Irak sollte mit amerikanischer und türkischer Hilfe in Richtung eines föderalen Staatswesens gelenkt werden, das die Wünsche der Kurden, Sunniten und Schiiten anerkennt. In Syrien bleibt Präsident Bashar al-Assad im Amt, aber kaum an der Macht. Seine Armee ist vermutlich am Gewinnen, aber die Kämpfe setzen sich fort. Im Moment scheint die Entwicklung bestenfalls auf einen Zustand zuzulaufen, wie ihn einst der römische Historiker Tacitus beschrieben hat: „Sie schaffen eine Wüste und nennen es Frieden.“

Der Zeitpunkt, wo Außenstehende eine effektive Militärintervention in Betracht hätten ziehen können, ist lange vorbei. Doch mit Unterstützung des UN-Sicherheitsrates sollten umfassendere und fokussiertere humanitäre Anstrengungen erfolgen, um den fast elf Millionen syrischen Flüchtlingen, die darauf angewiesen sind, größere Hilfe zu bringen.

Und schließlich sollten wir die anhaltende Toxizität des nach wie vor ungelösten Konflikts zwischen Israel und den Palästinensern nicht ignorieren, der den politischen Extremismus weiter nährt und ernste Fragen über das Bekenntnis des Westens zu den Menschenrechten aufwirft.

Viele Länder außerhalb der Region sehen sich einer zusätzlichen Aufgabe gegenüber: der Notwendigkeit, junge Leute davon abzuhalten, in den islamischen Bürgerkrieg zu ziehen. Dies ist ein Problem für mein eigenes Land, wo es aussieht, als hätten wir keine gute Arbeit dabei geleistet, einigen gesellschaftlichen Gruppen ein Verständnis und eine Akzeptanz der Werte zu vermitteln, die die Eltern dieser jungen Leute überhaupt erst nach Großbritannien gebracht haben.

Die Agenda zum Erreichen eines echten, anhaltenden Friedens ist lang und komplex. Es bedarf dazu geordneter Pläne, und diese umzusetzen wird Jahre dauern. Sofern wir nicht jetzt damit anfangen, wird sich das durch Politik und Religion angeheizte Feuer ausbreiten, und es wird nicht nur Ninive sein, das dadurch verzehrt wird.

(Project Syndicate)



Chris Patten
Oxford, UK

Chris Patten ist Kanzler der Oxford University. Der ehemalige EU-Kommissar für Außenbeziehungen und europäische Nachbarschaftspolitik war außerdem der letzte britische Gouverneur von Hongkong.

1 LESERBRIEFE

Nagod schrieb am 08.07.2014

"Dies ist ein Problem für mein eigenes Land,.....keine gute Arbeit dabei geleistet....."
Ich würde sagen, sie haben nicht nur "keine gute Arbeit geleistet", sondern das passiert eben,wenn man doppelzüngige Politik schamlos auf Kosten anderer betreibt!
Und meinen noch zudem, sie hätten keine "gute Arbeit dabei geleistet, EINIGEN gesellschaftlichen Gruppen ein VERSTÄNDNIS und eine AKZEPTANZ der WERTE zu VERMITTELN, die die Eltern dieser jungen Leute überhaupt erst nach Großbritannien gebracht haben".
Das wofür man "westlichen Mächten " dankbar sein kann ist, dass sie es schaffen, "ihre Werte" wehrlosen Naturvölkern "unmißverständlich vermitteln" zu können; nun muss man ihnen zugute halten,wenigstens hat man es mit Mühe geschafft, Deutschland zu verwestlichen .Herr Patten, mit Verlaub, ich werde die Bedenken nicht los, dass Sie Schwierigkeiten haben mit der Unterscheidung zwischen wirtschaftlicher Prosperität und der Vermittlung von Werten! Es fragt sich immer, wo und von wem die"christlich,

abendländischen Europäer" "ihre" universellen Werte vermittelt bekommen haben und wieso die "westlichen Mächte" (wer bitte soll das sein? Rumänien, Bulgarien,Deutschland,Albanien?) regelmäßig bei der Implementierung dieser total versagen?
Mein Vorschlag:Folgende Regel bei der Implementierung "westlicher Werte" unbedingt beachten!2 Mose 20, 16 - Du sollst nicht falsch Zeugnis reden, wider deinen Nächsten!
